



Europa Newsletter

Sabine Verheyen
Ihre CDU-Europaabgeordnete

April 2021

Aus dem Plenum

EU-UK Handels- und Kooperationsabkommen

Am Dienstag hat das Europäische Parlament das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich mit großer Mehrheit angenommen. Es ist das umfangreichste Abkommen, das es jemals mit einem Drittland gab. Die Abstimmung im Plenum war der letzte und entscheidende Schritt im parlamentarischen Zustimmungsverfahren. Zusätzlich wurde eine Entschließung verabschiedet, mit der alle Facetten des Abkommens politisch bewertet werden.

Die Zustimmung zum EU-UK Handels- und Kooperationsabkommen im Plenum ist meiner Meinung nach das richtige Signal. Denn der Text des Abkommens wurde in den letzten Wochen unter Beteiligung sämtlicher Fachausschüsse detailliert überprüft. Dies war ein beispielloser parlamentarischer Vorgang, der nun abgeschlossen ist.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

EU-Covid-19-Zertifikat

Im Plenum des EU-Parlaments wurde diese Woche über die EU-Covid-19-Zertifikate debattiert. Damit sollen Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union nachweisen können, dass sie entweder geimpft, von einer Corona-Erkrankung genesen oder negativ getestet sind. In all diesen Fällen ist die Gefahr, dass man jemand anderen infiziert, deutlich geringer.

Ein fälschungssicheres europäisches Zertifikat kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Freiheiten wie die Reisefreiheit wieder stärker genutzt werden können. Gerade wenn zunehmend mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger geimpft sind wird der digitale grüne Nachweis Schritte zurück in die Normalität ermöglichen

[Erfahren Sie hier mehr über die Zertifikate.](#)

Debatte zum Türkeiibesuch bzw. "Sofagate" mit Ratspräsident Michel und Kommissionspräsidentin von der Leyen

Der als „Sofagate“ bekannt gewordene Vorfall während des Türkeiibesuchs von Kommissionspräsidentin von der Leyen und Ratspräsident Michel hat uns diese Woche im Europäischen Parlament beschäftigt. Wir als EVP-Fraktion hatten eine Debatte zu dem Thema gefordert, um die Vorkommnisse zu klären. Ratspräsident Charles Michel musste daher am Montag sein Verhalten vor dem EU-Parlament erklären.

[Lesen Sie hier mehr zur Debatte.](#)

Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte

Bereits im Dezember hatten sich das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten auf ein neues Gesetz zur Löschung von terroristischen Inhalten im Internet geeinigt. Nach der Zustimmung des Rates im März wurde die Verordnung nun auch von uns Abgeordneten des EU-Parlaments offiziell beschlossen.

Online-Plattformen wie Google, Facebook und Twitter müssen dementsprechend nach einer verbindlichen Ein-Stunden-Frist markierte terroristische Propaganda von ihren Seiten löschen. Dies ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Terrorismus, denn terroristische Online-Propaganda hat bei den jüngsten Terroranschlägen in Europa eine Schlüsselrolle gespielt. Der Unterschied, ob ein Video eine Stunde, drei Stunden oder 24 Stunden online steht, ist enorm und führt zu millionenfachen Aufrufen.

[Erfahren Sie hier mehr.](#)

Forschungsprogramm Horizont Europa

Das Europaparlament hat am Dienstag endgültig das EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa für die Jahre 2021-2027 verabschiedet. Die Abstimmung markiert das Ende eines dreijährigen Prozesses in dem wir uns erfolgreich für erhöhte Investitionen in die Forschung eingesetzt haben. Wir als Europaparlamentarier können stolz darauf sein, denn es war das Europaparlament, welches gegen den Widerstand der EU-Mitgliedstaaten die größte Summe durchgesetzt hat, die je für Forschung und Innovation in Europa zur Verfügung stand.

Horizont Europa ist ein grundlegender Baustein für unsere Zukunftsfähigkeit und für die wirtschaftliche Erholung Europas nach der Pandemie. Ob Digitalisierung oder Klimaschutz: Die politischen Ziele Europas können wir nur durch Forschung und Innovation erreichen. Horizont Europa wird zu diesen und weiteren politischen Zielen einen maßgeblichen Beitrag liefern.

[Erfahren Sie hier mehr zu Horizont Europa.](#)

EU-Russland-Beziehungen

Russland hat bis zu 25.000 Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze zusammengezogen. Allein in diesem Jahr sind 26 ukrainische Soldaten getötet worden. Die Situation verschlechtert sich und ist eine ernste und wachsende Bedrohung für die europäische Sicherheitsordnung sowie für die ukrainische Souveränität. Mit der Annexion der Krim 2014 haben wir genau dieses Szenario schon einmal erlebt. Geschichte darf sich nicht wiederholen. Deshalb haben wir im Europäischen Parlament am Mittwoch über unsere Beziehungen zu Russland debattiert.

[Lesen Sie hier mehr.](#)

Und zum Schluss

Konferenz zur Zukunft Europas – Start der mehrsprachigen digitalen Bürgerbeteiligungsplattform

Mit dem Start der mehrsprachigen digitalen Bürgerbeteiligungsplattform können seit dem 19. April 2021 alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union ihre Ideen zur Zukunft Europas austauschen und ihre Anregungen einreichen. Die Plattform ist der Knotenpunkt der Konferenz zur Zukunft Europas. Im Rahmen dieser Konferenz sollen die europäischen Bürgerinnen und Bürger aktiv in eine Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union und ihrer politischen Prioritäten eingebunden werden.

Auf der mehrsprachigen und interaktiven digitalen Plattform können sich die EU-Bürgerinnen und Bürger nun untereinander austauschen und ihre Vorschläge mit Mitbürgern aus anderen Mitgliedsstaaten in den 24 Amtssprachen der EU diskutieren.

[Erfahren Sie hier mehr zur Konferenz zur Zukunft Europas.](#)

Sabine Verheyen, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europabüro Aachen, Monheimsallee 37, 52062 Aachen.
Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie Ihre E-Mail-Adresse in unseren Verteiler haben eintragen lassen. Unsere Datenschutzerklärung ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sabine-verheyen.de/datenschutzerklaerung/>. Zum Abbestellen unseres Newsletters klicken Sie bitte auf folgenden Link: [Abbestellen](#)